

### Eine fürchterliche Warnung.

Die grausame Enttäuschung, die Wilson durch seine im heutigen Morgenblatt veröffentlichte, an die österreichische Regierung nach sechszehn Tagen gerichtete Antwort auf das Waffenstillstandsangebot des Grafen Burian dem Kaiser Karl und seinem Ministerium, den Ungarn sowohl als den Cesterreichern bereitet hat, sollte in Deutschland wie eine fürchterliche ernste Warnung wirken. Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt darin, daß er an den sich auf Cesterreichs Staatsordnung beziehenden Artikel seines Friedensprogramms vom 8. Januar nicht mehr gebunden sei, weil inzwischen Ereignisse eingetreten seien, die ihn der Freiheit des Handelns beraubten. Das Ereignis aber, das ihn der Freiheit des Handelns beraubt, ist von ihm selbst aus eigenem freien Entschluß herbeigeführt worden. Denn es ist nichts anderes als die Anerkennung der Tschecho-Slowaken als kriegsführende Macht durch seine Regierung. Wenn Herr Wilson also der Freiheit seines Handelns beraubt ist, so hat er sich selbst die ihn bindenden Fesseln aus freiem Entschluß angelegt. Er hat eine Staatshandlung vollzogen, die mit einem der fundamentalen Grundsätze seines Friedensprogramms unvereinbar war. Kann man einem Mann, der je nach der Entwicklung der Ereignisse die wichtigsten von ihm gefassten Entschlüsse revidiert, das Vertrauen schenken, daß er nach dem Abschluß des Waffenstillstandes oder während der Friedensverhandlungen nicht mehr die anderen Grundsätze seines Programms ändert, erweitert und, gestützt auf diese von ihm selbst beliebigen Aenderungen, behauptet, daß ihm die Freiheit seines Handelns beschränkt worden sei? Durch die Note vom 18. Oktober wird auch den Blindesten die ungeheure Gefahr klargemacht, die darin besteht, daß wir im Vertrauen auf die unerschütterliche Rechtsbeständigkeit des Wilsonschen Programms uns an den Verhandlungstisch setzen. Denn Wilson und die militärischen Ratgeber der Entente wünschen, daß wir mehr los am Verhandlungstisch erscheinen. Nichts anderes bedeutet die Forderung von Garantien dafür, daß durch die Waffenstillstandsbedingungen „die militärische Ueberlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde“ aufrechterhalten bleiben müsse. Jedenfalls ist ohne die Kenntnis des Umfangs der geforderten Sicherheiten nicht zu entscheiden, ob wir nach ihrer Annahme noch

owerstandsfähig bleiben. Wäre das nicht der Fall, dann wäre die Zukunft Deutschlands ganz allein von dem guten Willen eines Mannes abhängig, der die Freiheit seines Handelns nicht nur durch seine mit dem infernalischen Haß gegen das deutsche Volk erfüllten Verbündeten bedroht sieht, sondern sich für berechtigt hält, sie selbst in jedem Augenblick zu beschränken. Wer gibt uns irgendwelche Sicherheit dafür, daß der Präsident Wilson sich nicht durch irgendeine neue ungeprüfte Verleumdung des Herrn Northcliffe, der durch französische und englische Staatsakte der Mantel der Amtsfähigkeit umgehängt wird, veranlaßt sieht, zum Beispiel auch den Artikel seines Programms zu ändern, auf Grund dessen uns wenigstens die Gleichberechtigung unter den Völkern des Völkerbundes zugesichert und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung verbürgt wird? Diese Ueberlegungen müssen auch den Mann, der die von uns am vorigen Donnerstag veröffentlichte Rede gehalten hat, und die Männer, die vor wenigen Tagen erklärten, „daß sich das deutsche Volk mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen niemals abfinden wird“, veranlassen, Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen, die uns mehr los machen. Was man dem deutschen Volke zugumuten mag, welche Bedingungen man für erreichbar hält, das wissen unsere Leser zur Genüge aus der Wiedergabe der in der feindlichen Presse erhobenen Forderungen.

Mg.